

Die Haltung der Kirchen in der aktuellen Friedensdiskussion

In der öffentlichen Diskussion um die Bedingungen des Friedens im Zeichen wachsender nuklearer Zerstörungspotentiale leisten die Kirchen einen wesentlichen Beitrag. Exemplarisch hierfür stehen die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) „Frieden wahren, fördern und erneuern“ und die Stellungnahme der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) „Zur aktuellen Friedensdiskussion“, beide erschienen im November 1981.

Diese Veröffentlichungen legen die Grundsatzpositionen der beiden großen Kirchen dar und verstehen sich als Orientierungshilfe, „die den Christen und Gemeinden und der Öffentlichkeit Hilfe und Anstoß zum Denken, zur Urteilsbildung und zur Klärung der Verantwortung für den Frieden geben soll sowie bestimmte Anregungen, was Kirchen und Christen jetzt für den Frieden tun können“ (EKD, S. 9). Indem beide Papiere die existentielle Betroffenheit der Menschheit herausstellen, fordern sie zugleich eine rationale Einschätzung der gegenwärtigen Situation. „Um für verantwortliche politische Entscheidungen wirksam zu werden“, so die Stellungnahme des ZdK, „darf diese Betroffenheit aber nicht in Angst erstarren und in Panik umschlagen. Sie muß vielmehr die ganze Wirklichkeit der Friedensbedrohung zur Kenntnis nehmen und nach verantwortbaren politischen Lösungen suchen.“ (S. 2)

Zugleich nennt das ZdK die Voraussetzung für die Beteiligung an der Suche nach politischen Lösungen zur Friedenserhaltung:

„Sachkunde ist der unumgängliche erste Schritt, der zur Umsetzung von Friedenswillen in Politik notwendig ist. Wenn dieser Schritt unterbleibt, kann Friedenssehnsucht zur Verkenning der politischen Wirklichkeit führen und politische Verführbarkeit begünstigen. Der Friede ist aber eine viel zu wichtige Sache, als daß er Gefühlen allein ohne die Einsicht in historische und politische Zusammenhänge überlassen werden dürfte.“ (ZdK, S. 2)

Einen Schritt weiter geht die EKD, wenn sie nicht nur die Pflicht zur sorgfältigen Analyse betont, sondern zugleich den Anspruch formuliert, politische Empfehlungen auszusprechen:

„Deshalb ist es als eine sinnvolle Aufgabe für die Kirche anzusehen, politische Sachverhalte sorgfältig und verläßlich darzustellen, unterschiedliche Positionen auf ihre ideologischen Hintergründe und politischen Konsequenzen hin zu prüfen

und Schritte zur politischen Sicherung des Friedens und militärischen Entschärfung zu empfehlen.“ (EKD, S. 64)

Im folgenden werden zunächst kurze Ausschnitte aus beiden Veröffentlichungen dokumentiert, die in Form von Situationsanalysen die gegenwärtigen Gefährdungen des Friedens aus der Sicht der Kirchen darstellen.

EKD: Akute Gefahren für den Frieden – Die Verschärfung der Lage

„Die Furcht vor einem Krieg ist in West und Ost mit dem Beginn der achtziger Jahre rasch gewachsen. Das zeigen nicht nur Meinungsbefragungen, es schlägt sich auch in der intensiven, zum Teil polarisierten Diskussion, auch in großen Demonstrationen nieder. Eine Protestbewegung gegen die ungebrochene Fortsetzung der bisherigen Sicherheitspolitik hat sich formiert. Aktuelle Ereignisse haben längerfristige Entwicklungen, die den Frieden bedrohen, deutlicher als zuvor öffentlich bewußt gemacht, und zwar nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in den westeuropäischen Nachbarstaaten, nicht zuletzt auch in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Rüstung hat in den vergangenen Jahren weltweit ungeheuer zugenommen. Bemühungen, die Eskalation der Rüstung durch politische Vertrauensbildung, Offenlegung der Waffenpotentiale und vereinbarte Kontrollmechanismen zu verhindern, sind bisher gescheitert.

Das Mißtrauen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion hat sich in den letzten Jahren wieder vertieft. Im Westen verstärkt sich der Eindruck, daß die Sowjetunion ihre Rüstung in einer Weise weiter ausbaut, die nicht durch ihre Sicherheitsinteressen zu rechtfertigen ist.

In Moskau wuchs die Angst vor einer Einkreisung durch die vier außersowjetischen Mächte: USA, China, Japan und Westeuropa. Auch herrscht dort die Befürchtung vor, daß der Westen seinen Vorsprung in der Rüstungstechnik weiter auszubauen versucht.

Im Westen ist die Besorgnis über die Stationierung eines neuen mobilen Raketentyps mit größerer Reichweite (SS 20) in Osteuropa gewachsen. In Westeuropa besteht die Befürchtung, die Sowjetunion betreibe — unterhalb der Schwelle des Risikos eines nuklearen Krieges — eine Politik der Verängstigung und Einflußerweiterung.

Die Sowjetunion sieht im NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 über die Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern in Europa (Pershing II und Cruise missiles), die weite Teile der westlichen Sowjetunion einschließlich der sowjetischen Hauptstadt vernichten können, und im Beschluß zur Herstellung von Neutronenwaffen neuartige Bedrohungen. In Westeuropa ist die Furcht, daß der dadurch beschleunigte Rüstungswettlauf außer Kontrolle geraten und zur Vernichtung Europas führen könnte, gewachsen.

Der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan am 27. Dezember 1979 schreckte die öffentliche Meinung nicht nur bei den Westmächten, sondern weltweit auf. In den USA diente er den Kräften als Bestätigung, die schon vorher auf verstärkte Rüstungsanstrengungen gedrängt hatten. Das Gefühl nationaler Demütigung durch die langdauernde Geiselnahme im Iran gab dem Verlangen nach einer Politik der Stärke zusätzlich Auftrieb.

Die wirtschaftliche Krise und die Durchsetzung freier Gewerkschaften in Polen haben die innere Stabilität des Ostblocks verringert und seine Sensibilität nach außen dementsprechend erhöht. Dadurch verengt sich auch der Handlungsspielraum der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Die Entspannung gerät in eine Krise.“ (EKD, S. 10 f.)

ZdK: Ideologischer Konflikt – totalitäre Bedrohung

„Die meisten Spannungen in der Welt haben mehr als nur eine Ursache. Im Ost-West-Konflikt liegt eine Hauptursache im Gegensatz zwischen dem kommunistischen System unter der Führung der Sowjetunion und jenen Ländern mit freiheitlich-demokratischer Verfassung, die auf der Anerkennung der Menschenwürde und Menschenrechte beruht und ihren Ausdruck in der weltanschaulichen und gesellschaftlichen Pluralität findet. Dieser Gegensatz bestimmt schon seit mehr als 35 Jahren die Lage in Europa und hat längst globale Auswirkungen angenommen.

Er ist nicht dadurch ausgelöst worden, daß die Kontrahenten bewaffnet waren oder sind, sondern weil gegensätzliche politische Anschauungen und Interessen fundamentaler Art aufeinander gestoßen sind. Diese Kollision und das gegenseitige Mißtrauen führten zu immer steigender Bewaffnung der beteiligten Mächte.

So offen wir als Christen sein müssen für neue Entwicklungen zu mehr Freiheit und Selbstbestimmung und so sehr wir darauf unsere Hoffnung setzen, so gilt bisher: Der Gegensatz zwischen den kommunistischen und den demokratischen Staaten erhält seinen besonderen Charakter dadurch, daß die kommunistische Seite ihre Politik nach innen und außen unter das Gebot der totalitären Ideologie des Marxismus-Leninismus stellt.

Diese Ideologie mißachtet in wesentlichen Fragen die ethischen Maßstäbe und mißbraucht grundlegende Begriffe, die sich im philosophischen und theologischen Denken Europas entwickelt und in den letzten zweihundert Jahren zur Ausbildung des freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaates geführt haben. Der Marxismus-Leninismus kennt keinen geistigen und gesellschaftlichen Pluralismus und keine Toleranz.

Es ist bezeichnend, daß im sowjetischen Herrschaftsbereich keine offene Diskussion über die Sicherheitspolitik geduldet wird. Der Marxismus-Leninismus will alle Lebensbereiche und Lebensäußerungen umfassen, durchdringen

und reglementieren. Dem dienen nach innen Agitation und Unterdrückung. Nach außen betreibt die Sowjetunion eine Politik, die sich als Vollstreckung eines notwendigen weltrevolutionären Prozesses versteht und somit auf Expansion angelegt ist

Damit verbindet sich ein schier unstillbares, nach außen ausgreifendes Sicherheitsbedürfnis, das sich bereits durch die Forderung nach Menschenrechten und nationaler Selbstbestimmung bedroht sieht.“ (ZdK, S. 2—3)

Politisches Kernstück der Kirchenpapiere sind die Kapitel „Elemente der Friedenspolitik“ (ZdK) und „Die Friedensaufgabe der Kirche — jetzt“ (EKD):

ZdK: Elemente der Friedenspolitik

Für den Christen gibt es also nicht die Alternative „Friede oder Krieg“. Frieden zu schaffen und zu erhalten, ist für ihn eine Pflicht. Friedfertige Gesinnung ist dafür eine notwendige Voraussetzung. Sie muß in der Gemeinschaft der Menschen durch eine Ordnung des Rechtes nach innen und außen Gestalt gewinnen. Diese Ordnung des Rechts herzustellen und zu erhalten ist Inhalt der Friedenspolitik. In den Beziehungen der Staaten untereinander muß sie vor allem darauf gerichtet sein, tragfähige völkerrechtliche Normen zu entwickeln, durchzusetzen und durch verlässliche Strukturen zu sichern, die in Konflikten gewaltsame Auseinandersetzungen ausschließen.

Eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen einer solchen Politik ist die Beachtung des Prinzips der Gegenseitigkeit, das das Fundament des Völkerrechts und jedweder internationalen Übereinkunft ist.

Dazu gehört die Fähigkeit, Situation, Interessen, Sicherheitsbedürfnisse und auch Ängste der anderen Seite in die eigenen Überlegungen und Entscheidungen mit einzubeziehen.

Bei der Auswahl der Mittel, mit denen man dieses Prinzip anwendet und seine eigenen Rechte und Interessen ins Spiel bringt oder Konflikten zu begegnen sucht, muß der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet werden. Das schließt Standhalten und Verzicht mit ein, je nach der Situation und den Werten, die auf dem Spiele stehen, und erfordert eine Absage an die Neigung, einen Streitgegenstand auszuweiten.

Friedenspolitik bedarf schließlich jener Solidarität im Machtgebrauch, nach der sich Staaten, die gleich mächtig sind, einander nichts zumuten, was sie nicht auch selbst hinzunehmen bereit sind, und nach der zwischen Staaten von ungleicher Macht der Stärkere Mäßigung zeigt.

Zur Friedenspolitik gehören aber auch Vorkehrungen zur Gewaltabwehr. Da kein Staat ausschließen kann, daß gegen ihn Gewalt angewandt wird, muß er diejenigen Mittel zur Abwehr bereithalten, die er für seine Sicherheit braucht, und das heißt ganz konkret: zum Schutz von Frieden, Freiheit und Menschenwürde seiner Bürger.

Das Recht auf individuelle und gemeinsame Selbstverteidigung der Staaten, das auch von der Satzung der Vereinten Nationen bestätigt wird, steht nicht im Widerspruch zum Kriegs- und Gewaltverbot.

Es ist vielmehr die notwendige Konsequenz aus der Tatsache, daß es bisher keine verlässlichen internationalen Friedensstrukturen mit Sanktionsgewalt gibt. Es ist auch sittlich gerechtfertigt. Das Wohl des Mitmenschen und das Gemeinwohl, aber auch die Nächstenliebe gestatten es nicht, wehrlos zu dulden, daß das Leben, die Menschenwürde und die Menschenrechte der Bürger durch Gewalttätigkeit verletzt, statt vor unrechter Gewalt geschützt werden. Wer sich dafür namentlich als Soldat oder politischer Friedensträger einsetzt, dient der Gerechtigkeit und dem Frieden.

Die historische Erfahrung lehrt, daß ein waffenloser Staat ein machtpolitisches Vakuum darstellt, das politische Hegemonieabsichten und militärische Interventionen geradezu anzieht. Ohne die ausreichende Fähigkeit zur Gewaltabwehr ist ein sicherer Friede nicht möglich und auch keine erfolgreiche Bemühung um den Abbau von Konflikten und um eine kontrollierte Abrüstung.

Nun wird aber in einer Zeit nuklearer Massenvernichtungswaffen verstärkt die Frage gestellt, ob solche Waffen eigentlich noch geeignete Mittel zur Gewaltabwehr sein können. Für die Beantwortung dieser Frage ist von entscheidender Bedeutung, sich klarzumachen, daß Waffen nicht nur eine militärische, sondern immer auch eine politische Funktion haben. Bei den Nuklearwaffen steht diese politische Funktion ganz offensichtlich im Vordergrund. Wir sehen, wie ihre Gefährlichkeit Ängste auslöst, die das politische Denken beeinflussen. Nuklearwaffen sind geeignet, insbesondere solche Staaten, die nicht über sie verfügen, unter Druck zu setzen und sie politisch gefügig zu machen.

Will man sich dieser Situation nicht aussetzen, so bleibt für das westliche Bündnis als Gegenmittel nur die Ausrüstung mit vergleichbaren Waffen in einem kollektiven Sicherheitssystem. Nur so kann es sich gegen eine politische Erpressung wehren und einen eventuellen Aggressor mit hohem Risiko konfrontieren, das der Versuch einer gewaltsamen Durchsetzung seiner Absichten auch für ihn bedeutet. Dies ist der Inhalt der Politik der Abschreckung.

Sie will einem Gegner klarmachen, daß der Aufwand eines Angriffs oder eines Erpressungsversuchs für ihn in keinem Verhältnis zum möglichen Nutzen steht und deshalb nicht ratsam erscheint.

Die Franzosen drücken diesen Gedanken mit dem Wort „dissuasion“ aus, das „Abraten“ heißt. Es stellt das, worum es hier geht, besser als das deutsche Wort Abschreckung in den ihm gemäßen politischen Zusammenhang. Unter den gegebenen Umständen dienen also auch Nuklearwaffen als Mittel der Kriegsverhütung und damit der Erhaltung des Friedens. Ohne Gegenleistung und ohne die begründete Aussicht, auf andere Weise den Frieden sichern zu können, ist es nicht möglich, darauf zu verzichten.

Dennoch darf nicht übersehen werden, daß die Politik der Abschreckung mit solchen Waffen ein ganz erhebliches ethisches Problem darstellt. So sehr diese Politik nämlich auch darauf zielt, das Abschreckungspotential nie einsetzen zu müssen, so sehr muß sie doch um ihrer eigenen Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit willen im äußersten Falle dazu bereit sein. Die Abwägungen, die in einem solchen Falle vorzunehmen sind, gehören zu den schwierigsten Aufgaben politischer und sittlicher Art.

Der Weg des einfachen Ja oder Nein für alle denkbaren Situationen eröffnet sich hier nicht. Solange die Erlösung noch nicht ihre Vollendung erreicht hat, bleibt uns die schmerzliche Erfahrung nicht erspart:

Wir können unabdingbare Ziele oftmals nicht verwirklichen, ohne andere ebenso wichtige Ziele zu gefährden. Um so anspruchsvoller ist das Ringen um eine politisch verantwortbare Lösung. Diese Einsicht zwingt dazu, die notwendige Politik der Gewaltabwehr und Abschreckung mit allen Risiken, die mit ihr verbunden sind, durch eine Politik zu ergänzen, die alle bisher genannten Elemente umfaßt und auf das Ziel der Kriegsverhütung hinordnet.

Unter ethischen Gesichtspunkten ist daher heute das Abschreckungssystem grundsätzlich nur dann zu tolerieren, wenn mit aller Kraft darauf hingearbeitet wird, substantielle Fortschritte auf dem Gebiet der Rüstungsbegrenzung und Rüstungsminderung zu erzielen und so effektive Schritte zur Abrüstung zu unternehmen. Zur Kriegsverhütung gehören also die Rüstungsbegrenzung und -minderung.

Als erster Schritt ist daher effektive Rüstungskontrollpolitik das Gebot der Stunde. Sie erfordert den Willen zu Verhandlungen sowie die Absicht, zu Vereinbarungen zu gelangen, die das Abschreckungssystem auf ein immer niedrigeres Rüstungsniveau bringen, ohne Stabilität und Gleichgewicht zu beeinträchtigen. Darin erweist sich die Ernsthaftigkeit einer Politik der Kriegsverhütung. (ZdK, S. 8—10)

EKD: Die Friedensaufgabe der Kirche – jetzt

1. Unsere kirchlichen Spannungen fruchtbar machen

a) Die heutige Geltung der Heidelberger Thesen

Als die Gründungsversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1948 in Amsterdam feststellte: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“, legte sie damit ein Zeugnis für den Frieden ab. Dieses kann die Evangelische Kirche in Deutschland angesichts der heutigen Spannungen in der Welt nur unterstreichen und bekräftigen.

Auf dieses Zeugnis muß jeder Dienst, den die Christen für den Frieden leisten können, bezogen sein. Die Heidelberger Thesen suchen 1959 diesen Dienst zu leisten, indem sie die Unmöglichkeit einer grundsätzlichen Rechtfertigung des Atomkrieges nach der Lehre vom gerechten Krieg hervorheben, jedoch die Beteiligung an dem Versuch, durch Atomrüstung „einen Frieden in Freiheit

zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen“ (These VIII). Diese Anerkennung als „heute noch möglich“ bedeutet, daß sie nicht unbefristet gilt, sondern daß sie an eine bestimmte weltpolitische Situation gebunden ist und daher durch die Entwicklung überholt werden kann; in ihr drückt sich das Bewußtsein aus, daß dieser Versuch mißlingen kann.

Menschen, die an sie die Erwartung knüpften, daß der Versuch einer Kriegsverhinderung durch atomare Abschreckung mit der Zeit durch andere Formen, einen Frieden in Freiheit zu sichern, abgelöst werden würde, sehen sich heute enttäuscht. Nicht nur wurden keine entscheidenden Fortschritte in der Ablösung der militärischen Kriegsverhütung durch nichtmilitärische Friedenssicherung erzielt. Darüber hinaus wird auch die Gefahr ihres Mißlingens immer deutlicher.

Darum sehen es viele Christen als überholt an, die Beteiligung am Versuch der Kriegsverhütung durch militärische Abschreckung noch als mögliche christliche Handlungsweise anzuerkennen. Sie erwarten als Friedensdienst der Kirche heute, daß die Kirche die Beteiligung am Versuch, einen Frieden in Freiheit durch atomare Abschreckung zu sichern, nicht mehr als christliche Handlungsmöglichkeit anerkenne.

1959 stellten die Heidelberger Thesen die Kirche vor die Aufgabe, „das Bewußtsein wachsen zu lassen, daß der heutige Zustand nicht dauern darf“ (zu These X). Es trifft zu, daß dieser Zustand auch 1981 noch dauert. Deshalb müssen unsere Kirchen und Gemeinden zuerst sich selbst betroffen der Frage aussetzen, ob sie nicht mehr für seine Überwindung hätten tun können und was sie heute dafür tun können.

Auch die Christen haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten an den brisanten Zustand gegenseitiger atomarer Vernichtungsdrohung bei stetig wachsenden Rüstungspotentialen gewöhnt, und wo die Beunruhigung darüber wachgehalten oder geweckt wurde, hat sie keinen Umschwung bewirken können.

Zwar gab es, wie oben (Teile II und III) gezeigt wurde, Bemühungen um Rüstungsbegrenzung und politische Entspannung, die auch von der Kirche unterstützt worden sind. Aber über die Schwierigkeit dieser Bemühungen ist das Ziel, Kriegsverhütung durch militärische Abschreckung effektiv durch eine politische Friedensordnung zu ersetzen, in den Hintergrund getreten.

Die Rüstungsspirale konnte weitergedreht werden, ohne daß die Kirche und andere Kräfte der Öffentlichkeit dagegen vernehmlich und durchdringend ihre warnende Stimme erhoben. Statt dessen hat sich das Gefühl verbreitet, daß sich der Zustand der Atomrüstung nicht grundlegend ändern lasse.

Wenn heute eine so engagierte politische Bewegung gegen den Beschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 Widerstand leistet, so liegt das nicht zuletzt daran, daß viele Menschen im Handeln der Politiker, die diesen Beschluß tragen, keine überzeugte und überzeugende Perspektive auf eine effektive Überwindung des atomaren Wettrüstens erkennen.

Die Aufgabe, das Bewußtsein dafür wachsen zu lassen, daß der heutige Zustand nicht dauern darf, besteht heute dringender als vor 22 Jahren. Deshalb wächst gerade auch in der Kirche die Zahl derer, die keine Geduld mehr haben und den Zustand der atomaren Konfrontation und des Wettrüstens nicht mehr erträglich finden. Die Kirche hat für sie Achtung und Verständnis. Gerade auch in der heutigen Situation muß die Kirche deswegen den Waffenverzicht als eine christliche Handlungsweise anerkennen (vgl. III Heidelberger These).

Das atomare Zeitalter fordert von uns außerordentliche moralische Anstrengungen. Zu ihnen gehört nicht nur, sich mit der Tatsache atomarer Rüstung nicht abzufinden, sondern

vor allem gilt es auch, die Erkenntnis auszuhalten, daß es für einen Frieden in Freiheit weder durch atomare Rüstung noch durch den Verzicht auf sie eine Garantie gibt. Beide Optionen sind mit hohen Risiken verbunden, die sich schwer gegeneinander abwägen lassen.

Sie werden auch von Christen aufgrund unterschiedlicher Analysen unterschiedlich eingeschätzt.

Inzwischen ist kein wesentlicher Fortschritt zu einer Friedensordnung erzielt worden, die sich nicht auf atomare Abschreckung gründet. Die Kirche muß auch heute, 22 Jahre nach den Heidelberger Thesen die Beteiligung am Versuch, einen Frieden in Freiheit durch Atomwaffen zu sichern, weiterhin als eine für Christen noch mögliche Handlungsweise anerkennen (vgl. VIII Heidelberger These). Deshalb hat die Kirche Achtung und Verständnis für diejenigen, die in der Bundeswehr Dienst leisten.

Allein: diese Handlungsweise ist nur in einem Rahmen ethisch vertretbar, in welchem alle politischen Anstrengungen darauf gerichtet sind, Kriegsursachen zu verringern, Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktbewältigung auszubauen und wirksame Schritte zur Senkung des Rüstungsniveaus zu unternehmen. (EKD, S. 53—55)